

Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Verloren 120, Schönebergstr. 10.
Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorzeitige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Hauptredakteur: Amt Norden Nr. 110 07, 110 08 und 110 10
Inserate kosten die siebengefaltete Zeilspalte ober oder unten Raum 10 Pf. „Kleine Anzeigen“ des selbgedruckten Wort 30 Pf. jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Werksammlungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Berlin, den 15. November 1918

Nummer 2

Für ein Bündnis des Weltproletariats. Ein Aufruf der russischen Regierung.

Revolution und Volkswirtschaft.

Von Ed. Bernstein.

Zu den vielen erfreulichen Erscheinungen unserer Revolution gehört auch die, daß sich fast auf allen Seiten ihrer Vorkämpfer ein volles Verständnis für die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zeigt, die der Sieg der Revolution bedingt. Die Erlasse des Rates der Volksbeauftragten, der preussischen Volksregierung, des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin und der Provinz, die Kundgebungen der süddeutschen Revolutionsregierungen — sie alle zeigen fast übereinstimmend ein volles Verständnis dafür, daß die Revolution um so besser ihr Werk verrichten kann, je mehr es gelingt, den Gang der Volkswirtschaft möglichst wenig zu beeinträchtigen. Es ist das um so notwendiger, als die deutsche Revolution schwierigerer Verhältnisse vorfindet auf dem Gebiete der Volkswirtschaft als irgendeine andere Regierung früherer Zeit.

Ihre Vorkämpfer haben ihr ein furchtbares Erbe hinterlassen, eine unerhörte Schuldenlast, mit der Kuga, Millionen und Abermillionen zurückstehender Arbeiter unterdrückten und zu verkümmerten, mit großem Mangel an wichtigen Rohstoffen, mit ungeheuren Verpflichtungen an Millionen Kriegsinvaliden und von Familien gefasener Krieger. So tritt die deutsche Revolution ihr Werk an. Gewaltige Arbeit hat sie zu verrichten, Anforderungen größter Art treten an sie heran, und da liegt es, mit größter Umsicht und Festigkeit dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen Bedingungen für die Verrichtung ihres Werkes nicht noch veräschert werden.

Die Veräschterung kann aber nur vermieden werden, wenn die Volkswirtschaft so wenig wie möglich in ihrem Gange gehindert wird, daß heißt, wenn die Bedingungen erfüllt sind, unter denen das moderne, so weit verzweigte und feingliedrige volkswirtschaftliche Leben gesund funktionieren kann. Das schließt radikale Maßnahmen auf volkswirtschaftlichem Gebiet nicht aus. Ohne sie würde der Prozeß der allmählichen Vergesellschaftung der großen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr ja nicht bewerkstelligt werden können. Nicht das radikale ist hier das Schädliche, wohl aber das unorganisch-brutale Eingreifen in das Wirtschaftsleben. Das nun hat man offensichtlich auf allen Seiten begreifen, und es ist ein hoffnungsvolles Zeichen für den erfolgreichen Verlauf dieser neuen großen Revolution. Wir sind uns der Größe der Aufgaben, die vor uns stehen, voll bewußt. Wir wissen, daß ihre Verrichtung nicht das Werk eines Tages sein kann, daß jeder große Schritt sorgfältig überlegt sein muß. Wir brauchen gleichzeitig Kühnheit und Besonnenheit. Auf keinem Gebiete mehr als eben in der Volkswirtschaft. Nur heute soll nur die Tatsache festgestellt werden, daß die Revolution des Proletariats in diesem Sinne an die Aufgaben herantritt, die Volkswirtschaft auf allen Gebieten des sozialistischen Gedankens so zu entwickeln, daß größerer Wohlstand und mehr Freiheit das Endresultat sein werden.

Wie wir von informierter Seite erfahren, erläßt das Volkswirtschaftliche Amt des Auswärtigen in Rußland einen Aufruf an die arbeitenden Klassen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sowie der okkupierten Gebiete zu einem Bündnis, dem sich später auch die arbeitenden Klassen der übrigen Länder anschließen sollen.

Arbeiterklasse begrüßt den Aufruf der russischen Regierung. Dieses historische Ereignis muß das Ende der Gewalt Herrschaft und den Beginn der Völkerverständigung bedeuten. Die Revolution des deutschen Volkes bestimmt die Haltung der Arbeiterklassen der alliierten Länder, die mehr als je von ihren Regierungen verlangen müssen, daß der Friede nach den Grundsätzen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker hergestellt wird. Der Militarismus ist endgültig besiegt. Die Welt muß auf neuer internationaler Grundlage wieder aufgebaut werden, und der Neubau muß auf dem Fuße der Gleichheit für alle Völker erfolgen. Die Arbeiterklassen der Länder der Entente stehen vor einer großen Pflicht. Sie müssen sich jeder chauvinistischen Bewegung widersetzen und dürfen nicht gestatten, daß die militärischen Kräfte der Entente unter dem Vorwand, die Ordnung wiederherzustellen, gegen die neuen Regierungen in Rußland, Oesterreich-Ungarn und Deutschland vorgehen. Wir haben die Gewißheit, daß die endlich wiederhergestellte internationale Arbeitermacht das erreichen wird.

Der „Populaire“ erklärt: „Die Arbeiter und das ganze sozialistische Frankreich werden sich mit ihrer ganzen Kraft gegen jede gegenrevolutionäre Bewegung wenden. Wir werden zu verhindern wissen, daß die französische Republik die Rolle eines Gendarmen des internationalen Kapitalismus übernimmt.“

Die englische Arbeiterpartei für einen Weltarbeiterkongreß.

London, 14. November (Mentel).

Auf der von der Arbeiterpartei einberufenen Konferenz für Vorbereitung der allgemeinen Wahlen wird der ausführende Ausschuss die Annahme einer Entschließung empfohlen, nach der die Arbeiter eine unmittelbare amtliche Vertretung auf der Friedenskonferenz haben sollen. Ferner soll in derselben Stadt, in der die Friedenskonferenz stattfindet, ein Weltarbeiterkongreß inen. Die Konferenz soll ferner entscheiden, ob ein Austritt der Arbeiter aus der Koalitionsregierung erfolgen soll oder nicht.

Diese Haltung der englischen Arbeiterpartei ist erkleulich. Sie zeigt, daß sich das Klassenbewußtsein im englischen Proletariat wieder kräftig zu regen beginnt. Die englische Arbeiterpartei wird so hoffentlich die Kraft gewinnen, dafür zu sorgen, daß den Imperialisten ihres Landes die Krallen kräftig gestutzt werden.

Elß-Lothringen unter französischer Verwaltung.

Ernennungen durch den französischen Ministerrat.

Paris, 14. November (Gouss).

Der Ministerrat hat sich mit der Organisation von Elß-Lothringen beschäftigt und zum Oberkommissar der Republik ernannt: für Straßburg den Generalkommissar für öffentliche Sicherheit Maringer, für Metz den Präfekten des Departements Meurthe et Moselle Mirwar und für Colmar den Staatsrat Poulet.

Sammlung des Bürgertums?

Der Sieg der Revolution war für das Bürgertum eine Heberausung. Einen derartigen Zusammenbruch des alten Systems hatte man nicht erwartet und bereit sich nun, sich auf den Boden der neuen Regierung zu stellen. Die Bereitwilligkeit weiter Kreise der Beamtenchaft und der Intellektuellen zur Mitarbeit darf aber nicht darüber täuschen, daß es auch Strömungen gibt, die sich keinesfalls mit der jetzigen Lage abgefunden haben. In rechtsstehenden Blättern, z. B. der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Deutschen Zeitung“, wird der Aufruf zur Bildung von Bürgervereinen freudig begrüßt. Man verlangt die Organisierung des Bürgertums, um der Klassenherrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte entgegenzutreten. In München fand eine Versammlung zur Errichtung eines Bürgerrates statt, in der die Gründung einer selbständigen republikanisch-sozialistischen Bürgerpartei angeregt wurde. Die vom Hansabund angeforderten Bürgerausschüsse dürfen kaum sozialistisch, sondern nur republikanisch sein, da die Monarchie zu sehr an Ansehen verloren hat.

Das politische Programm dieser in seinen Anfängen stehenden bürgerlichen Bewegung besteht: Einigung möglichst aller bürgerlichen Parteien zur Vorbereitung für den Wahlkampf zur Nationalversammlung, Verwirklichung aller Parteigegenstände innerhalb des Bürgertums, Kampf gegen den Sozialismus unter der Parole „Schutz des Privateigentums“. Man rechnet dabei vor allem mit dem Eigentumsinstinkt der Landbevölkerung und sucht auch die mittelbürgerlichen Schichten mit alten antisozialistischen Schlagworten einzuschüchtern. Die großkapitalistischen Kreise sind natürlich ohnedies einig aus Angst vor Steuern, Vermögensabgaben und andern Eingriffen in ihre wirtschaftlichen Vorrechte.

Man hofft vor allem eine Annäherung der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums zu erzielen, rechnet auf die Massen der rückständigen liberalen Wähler, besonders der Frauen. Man erstrebt ein eifriges Zusammenwirken von Katholiken und christlich-konservativen Kreisen und denkt an eine christlich-sozialistische Volkspartei. Selbst das veraltete „Anderwahlrecht“ will man sich zu nütze machen und tritt auf als Hüter der Demokratie gegen die Diktatur der Räte. Valdische Einberufung der Nationalversammlung ist die Lösung. Es lebe die reaktionäre Masse, die bei den Wahlen eine „kompakte Majorität“ erzielen soll.

Die Konservativen als Verteidiger der Demokratie, kann es etwas Väterliches geben? Die Herren des Dreiklassenwahlrechts, die ernannten Mitglieder des Herrenrates als Verächter der Volkswirtschaft, dieer Antisozialismus ist zu durchsichtig, um ernsthaft widerlegt zu werden. Was hat das Bürgertum für die Demokratie getan? Es hat im Aricae die Autokratie, das Bonaparte Ludendorffs mit allen Mitteln beibehalten. Keinen Ausweg aus dem Gräueltatenspiele konnte das Bürgertum finden, jede Schwankung der militärischen Lage änderte seine Stimmung. Es war politisch durch und durch unfähig trotz aller parlamentarischen und Scheindemokratisierung in der verflochtenen Volksgovernment. Tritt das Bürgertum für Demokratie ein, so ist es eine Redensart, ein Chimäron. Kämpft das Proletariat für Demokratie, so betritt es den Weg zur politischen Macht. Es ist daher möglich, daß bürgerliche Scheindemokraten und eifrige Sozialdemokraten in der Forderung der Nationalversammlung übereinstimmen. Diese äußerliche Übereinstimmung kann aber nicht verhindern, welche Abtrot die beiden Parteien trennt. Für uns Sozialdemokraten ist die Nationalversammlung ein Mittel, die Masse des Volkes politisch zu mobilisieren und den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Für das Bürgertum ist die Konstituante nur ein Mittel, unweisse Massen einzufangen und mit Hilfe der Demokratie gegen die Demokratie zu arbeiten. Sie rechnet auf einen Ausenblickserfolg und zählt auf die plötzlich in die politische Bewegung geschleu-

„Es lebe die deutsche Republik!“

Verleihen die gesamten sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer in öffentlicher Kammer Sitzung in diesen Augenblicken in ganz Frankreich, überall da, woher wir bisher nur die wahnhaften Stimmen des Chauvinismus vernahmen, können freudige Zurufe, herzliche Glückwünsche unserer französischen Brüder zum Erfolg der deutschen Revolution. Die „Humanität“ vom Dienstag verlässt in großen Ziffern an der Spitze ihrer Dienstanzeige: „Nieder die Waffen, Bürger! Es lebe die deutsche Republik!“

Der Allgemeine Arbeitsbund in Frankreich hat folgendes Manifest erlassen: Im Namen der organisierten französischen

darfen Waffen, besonders auf die Frauen des Bürgertums und des Zentrums und auf die Bauern.

Wir hoffen auf die wachsende politische Reife der Arbeiterschaft und der proletarisierten Kleinbürger. So erklärt sich auch die Uebereile, zur bürgerlichen Nationalversammlung zu kommen. Sie wollen uns keine Zeit lassen, durch planmäßige Auktion und Organisation die Massen aufzufüllen und für uns zu gewinnen, auch durch den Ankaufunterricht unserer Verwaltungsarbeit. Sie wollen uns belästigen mit der Schuld an all dem Elend, das der furchtbare Krieg im Gefolge haben muß. Sie wollen uns zumbläsen, wofür sie die Verantwortung tragen durch ihre imperialistische Politik vor dem Kriege und ihre imperialistische Politik während des Krieges. Wir fürchten diese Auktion nicht, aber wir verlangen Zeit, die nächsten großen wirtschaftlichen Aufgaben der Ernährung und Demobilisierung in Ruhe zu lösen, und wir verlangen eine sofortige technische Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung. Dieses republikanische Parlament hat so kolossale Verantwortung zu treffen, daß nur eine ausdauernde und gründliche Diskussion des vollen Volkes, eine Wahlaktion, wie sie Deutschland noch nie gesehen hat, den Vorstoß vorbereiten kann. Dazu ist eine gewisse politische Reife der Masse unbedingt notwendig. Vor allem müssen die Truppen von der Front zurückgeführt und die wirtschaftlichen Verhältnisse einandermaßen normal sein.

Wegen der Agitation des Bürgertums mit ihrer Verbreitung der Tatsachen und Verschleierung der Zusammenhänge gibt es nur ein Mittel: planmäßige, dauernde Aufklärung der Massen, besonders der durch den langen Krieg vom politischen Tageskampf entwürdeten Soldaten, Festigung und Aufbau der politischen Organisationen, Aufstellung auch der trägen und politisch unfindlichen Staatsbürger. Vor allem gilt es, die Frauen politisch zu erwecken um dem Herrschaft der Aristokratie wirksam entgegenzutreten. Demokratie ist unwirksam ohne politische Erziehung. Die Mehrheit fällt uns nicht wie eine reife Frucht in den Schoß. Der Sieg der Revolution ist erst der Anfang einer Entwicklung und wir haben noch mit Widerständen zu kämpfen. Auch das Bürgertum mit seiner wirtschaftlichen Macht ist ein Hindernis für die Entwicklung dieser Mehrheit, die sich auf neuer Grundlage zusammenschließen muß. Die organisierte Kraft der Arbeiterschaft entgegenstellen im Kampf für die Demokratie, um die Mehrheit der Nationalversammlung.

Ein Vorschlag für die obigen Ausführungen liefert in der heutigen Morgenansprache der „Täglichen Rundschau“ der bekannte nationalliberale Führer Professor Dr. Leibig, Vorsitzender der nationalliberalen Partei in der Provinz Brandenburg. In einem längeren Vortrag „Bürger heraus!“ entwickelt er ein Programm, das den Konzentrationsbestrebungen des Bürgertums dienen soll. Er verlangt schleunige Einberufung der Nationalversammlung; sieht sich auf den Demokratien heraus, ruft das Bürgertum auf zum Kampf und ruft die Schöpfung einer nationaldemokratischen Volkspartei an:

„Ich glaube, die Zeit, da die beiden liberalen Parteien getrennt existierten, ist jetzt vorbei; Größeres steht vor uns; alle Kräfte des Bürgertums, die an der Aufrechterhaltung des künftigen deutschen Staates zu einer wahren Demokratie, deren Schlichter freier in Ordnung und Ordnung in Freiheit sind, mitwirken wollen, müssen sich jetzt zu der großen nationaldemokratischen Volkspartei zusammenschließen, der Partei, die national und demokratisch sein will und sein muß, und der zweifellos weit über den bisherigen Bestand der beiden liberalen Parteien hinaus Zutritt kommen wird.“

Diese nationaldemokratische Volkspartei kommt; sie zu schaffen, je eider desto besser, ist das Gebot der Stunde.“

Den Charakter dieser nationaldemokratischen Partei erkennt man an den beiden Forderungen zur Tagespolitik, die der Professor im Anschluß an seinen Ausruf zur politischen Tätigkeit knüpft. Er verlangt von der neuen Regierung „eine bestimmte, verbindliche, klipp und klare Erklärung“, daß alle Renten, Gehälter und Ruhegehälter von

Beamten und Arbeitern durch die neue Regierung garantiert werden, ferner soll das neue Regiment alle Anleihen von Reich- und Einzelstaaten anerkennen. Als Sicherung der Kriegsanleihen und anderer Staatspapiere für die Großkapitalisten und Sicherung der Renten als Lebensmittel für Beamtenkassen und Arbeiter.

Dabei ist noch von seiner Seite die Sicherheit von Anleihen und Renten in Frage gestellt worden. Die Angst um den Profit spricht zu deutlich aus diesem tagesspolitischen Programm des nationalliberalen Professors. Es kennzeichnet auch seine Verwirrung, daß die jetzige Regierung unbedingterweise Gesetze erläßt, wenn er im Namen der Demokratie protestiert. Es handelt sich um die nationalliberalen Forderungen der Reform und dem Sozialismus. Es ist die Angst um den Profit. Das ist die Demokratie dieses Bürgertums, daß die Nationalversammlung zum Werkzeug seiner Klassenherrschaft machen möchte. Dieser bürgerlichen Demokratie muß die Arbeiterkassette der proletarische Demokratie entgegenstehen.

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat.

Die U. S. P. im Arbeiter-Rat in der Mehrheit.

Hamburg, 15. November. (W. T. V.)

Wie uns aus Kreisen des A. und S. Rates gemeldet wird, gebietet die Mehrheit der Mitglieder des Arbeiterrates der U. S. P. an. Der Soldatenrat dagegen ist bürgerlich unpolitisch. Bis jetzt traten die Anhänger der Sportklubgruppe nicht besonders hervor, da sie die weitere Entwicklung der Revolution abwarten wollen und bestrebt sind, durch Mitarbeit in den A. und S. Räten die Entwicklung nach links zu drängen.

Als Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erscheint jetzt vorläufig im Verlage des „Hamburger Echo“ „Die rote Fahne“ unter der Redaktion von Wilhelm Düwelle und Paul Fehlich. Der bekannte unabhängige sozialistische Schriftsteller Dr. Rauffenbegg ist Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates.

Ein Protest des Kieler Soldatenrates.

Kiel, 16. November. (Telunion.) Hier wird folgendes Flugblatt verbreitet:

Protest des Obersten Soldatenrates der Ostsee-Station!
Kiel, den 14. November 1918.
An die republikanische Regierung zu Händen des Reichsministers Herrn Ebert, Berlin!

Nach uns vorliegenden Berichten geben im Berliner Soldatenrat vorwiegend Offiziere den Ton an. Unbekannt sind uns die Personen im Ratrosenrat, der die Maßnahmen des Reichsmarineamts gutachtet. Da die von dem Reichsmarineamt gegebenen Erlasse für uns als Offisektionen hundert Dienstbereich als Befehle zu betrachten und auszuführen sind, erklärt der Oberste Soldatenrat der Ostsee-Station, daß er sich mit dieser Zusammenfassung des befehlshabenden Soldatenrates Berlin im Reichsmarineamt nicht einverstanden erklären kann, sondern sich eigene Entschlüsse vorbehält, da im dortigen Soldatenrat bzw. Ratrosenrat infolge Mangels an Sachkenntnis eine richtige Beurteilung der Marineverhältnisse unsererseits nicht zuerkannt werden kann. Der Oberste Soldatenrat der Ostsee-Station stellt sich auf den Boden der von seinen geschlossenen hinter ihm stehenden Mannschaften gefaßten Beschlüsse und ihm erteilten Vollmachten und glaubt in Angelegenheiten der Marine nicht übergegangen werden zu dürfen.

Er kann nicht verstehen, daß der Erlaß des Reichsmarineamts betreffend Einhebung der Offiziere in ihre Dienststellen mit Befehlsgewalt starke Beunruhigung und Erbitterung in der Marine hervorgerufen hat. Die Marinemannschaften

mit ihren Vertrauensleuten und Obmännern vertreten durch den Obersten Soldatenrat der Ostsee-Station, stellen sich einmütig auf den Standpunkt, nicht nur als Beratende, vor die Befehlsgewalt innehabenden Offiziere wirken zu können, sondern erwarten dort der Regierung, daß sie nachstehenden Antrag bald wohlwollend prüfen und antragsgemäß erledigen möge: Dem Obersten Soldatenrat der Ostsee-Station als Träger der Macht werden zur sachgemäßen Durchführung der für die Waffensstillstands- und Friedensbedingungen erforderlichen Maßnahmen, wie bisher mit den entsprechenden Dienststellen, Offizieren als technische und militärische Berater zur Seite gestellt.

Unter besonderer Berücksichtigung, daß gerade Kiel als Grundstein der Umwälzung mit gutem Beispiel in Einzelheit voranzugehen und in politischer Beziehung vorbildlich und musterhaft gewesen ist, darf der Oberste Soldatenrat der Ostsee-Station sich wohl der Erwartung hingeben, daß die Regierung ihm vollständiges Vertrauen in allen seinen Anordnungen und Machtbefugnissen geben kann, hingegen durch eine andere Stellungnahme der Regierung der Standpunkt der Marine von diesem gänzlich isoliert würde. Sofern die Regierung solcher Erwarten auf verwehrtem Standpunkt beharren sollte, kann selbst der Marine, vertritt durch den Obersten Soldatenrat der Ostsee-Station nicht mehr volle Garantie für die weitere Aufrechterhaltung vollständiger Ruhe und Ordnung übernommen werden.

Der Oberste Soldatenrat der Ostsee-Station.

Die weiblichen Delegierten der tschechisch. Nationalversammlung.

Prag, 15. November (Wiener Telent. Corresp.).

In der heutigen Sitzung der tschechischen Nationalversammlung waren auch weibliche Delegierte anwesend. Die Agrarpartei hatte zwei Bäuerinnen und die beiden sozialistischen Fraktionen hatten je zwei Genossinnen entsandt. Die sozialistischen Interessen der Frauen vertrat Dr. Alice Masaryk. Die sozialdemokratische Partei war durch die ehemalige Landtagsabgeordnete Bozena Sikova-Ruzpilska vertreten.

Eintritt eines Mitgliedes der Unabhängigen Sozialdemokratie ins preußische Finanzministerium.

Genosse Hugo Simon, Mitinhaber einer Berliner Bankfirma, ist zum Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium ernannt worden.

Der Generalkrieg in Warschau.

Warschau, 12. November. (Traffik.)

Der von der polnischen Sozialistischen Partei gesteuerte angelegte Generalkrieg in Warschau ist ruhig verlaufen. Die Arbeitermassen zeigen mit rotem Hohen durch die Straßen. Auf dem Sochensplatz hörte eine riesige Menschenmenge die Redner an. Unter Hochrufen auf Pilsudski ging es durch die Reihen der schreienden Volksmenge hindurch zum Schloß. Der Arbeiterführer Jodko erklärte im Namen der Arbeiter dem Oberkommandierenden Pilsudski, daß keinerlei Gewalt beabsichtigt sei, sofern man nur noch als Ausdruck des Volkswillens die rote Fahne auf dem Schloße hissen möchte.

Der gestrige Abtransport der Deutschen aus Warschau hat begonnen. Im Laufe des heutigen Tages werden ungefähr viertausend Personen die Stadt verlassen und darauf sichtlich wird der Abtransport täglich in derselben Weise weitergeführt werden. Soweit Nachrichten aus der Provinz vorliegen, ist der Übergang der deutschen Behörden in polnische Hände im allgemeinen ruhig verlaufen.

Der Führer der galizischen Sozialdemokratie Dągyszki ist heute von Pilsudski zum Ministerpräsidenten der polnischen Regierung ernannt und mit der Kabinettsbildung betraut worden.

Nach der Schlacht.

Das Schlachten, das unsinnige Morden ist zu Ende. Die eilige Ersparung, in die die Menschheit gebannt war, beginnt sich zu lösen. Mit Grauen nur vermögen wir und mit Schauern an all das Entsetzliche zurückzudenken. Nie, nie wieder dürfen solche Schreden über die Menschheit kommen. Das spricht aus den Augen der Zurückgekehrten, aus den Herzen derer in der Heimat, das ruft aus Groll und Schmutz und Trümmern. Das spricht aus den Worten zahlloser Dichter und Denker, die nun sich an das Licht des Tages wagen dürfen. Eine der ergreifendsten, badendsten Dichtungen des Weltkrieges ist „Das Feuer“ (Tagebuch einer Korporalschaft) von Henri Barbusse. Wir bringen daraus im folgenden eine Schilderung des Schlachtfeldes, nachdem Tod und Verderben darüber hinweggeschritten sind.

An der Stelle, an der wir niedergefallen waren, erwarten wir den Tagesanbruch. Es kommt ganz allmählich, eilig und düster, und steigt flüster über die kahle Ebene.

Es regnet nicht mehr. Der Himmel hat allen Regen hergegeben. Die bleifarbene Ebene taucht mit ihren blinden Wasserpfützen nicht nur aus der Nacht, sondern scheinbar aus einem Meer hervor.

Gold eingetaucht, halb schlafend, öffnen wir dann und wann die Augen, um sie wieder zu schließen; wir sind gelähmt, entkräftet und erstarrt. So erleben wir die unglaubliche Wiedergeburt des Lichtes.

Wo sind die Schützengraben?
Man sieht Seen und zwischen den Seen milchige Streifen stehenden Wassers.

Es hat noch mehr Wasser, als man glaubt. Das Wasser hat alles aufgelöst; es hat alles überdeckt, um die nächste Bronchitis der Leute ist in Erfüllung gegangen; es hat keine Schützengraben mehr; sie sind in jenen Kanälen untergegangen, die man dort sieht. Das Schlachtfeld schläft nicht, es ist tot. In der Ferne dauert das Leben wie ein Licht, aber so weit sieht man von hier aus nicht.

Ich rufe mich an, ich rufe mich an, um mir die Legende anzuhören, und wie ein Acker. Mein Posten erdrückt mich mit einem unbeschreiblichen Laß. Neben mir liegen drei unheimliche Behälter. Die eine ist Paradies; ein ungewöhnlicher Koffer, der mich umschließt, und sein Gut ist an der Stelle, wo die Kautschukbänder hängen, aufgehängt. In der Hand liegt ebenfalls ein... die Augen schließen, ungenutzt.

Welch eine Stille! Eine gewaltige Stille. Nicht ein Geräusch; nur dann und wann hört man inmitten der geisterhaft gelähmten Welt eine Erdscholle ins Wasser fallen. Niemand schläft... Kein Geschrei, es würde ja doch nicht plagen, keine Augen, denn die Menschen...

Die Menschen, wo sind die Menschen?

Allmählich sieht man sie. Nicht weit von uns liegen welche auf der Erde und schlafen. Der Rot bedeckt sie von oben bis unten; es sind beinahe nur noch Gegenstände.

Etwas weiter sehe ich andere Soldaten; sie sind in sich zusammengeklumpt und liegen wie Schnecken an dem runden Hügel, den das Wasser halb aufgelöst hat. Es ist eine unbewegliche Reihe toter Klumpen, die wie Haufen nebeneinander liegen, von Rot und Wasser tiefend, und sie haben die gleiche Farbe, wie die Erde, zu der sie gehören.

Ich raffe mich auf und unterbreche das Schweigen und sage zu Paradies, der nach derselben Richtung blickt:

— Sind sie tot?

— Gleich wollen wir sehen, antwortet er leise. Aber bleiben wir noch ein bißchen hier. Nachher werden wir den Rot finden, hingehen.

Wir schauen uns beide an und wenden uns frei Wilder auf die, die sich bis hierher geschleppt haben und hier niedergefallen sind. Die Gesichter sind so müde, daß es keine Gesichter mehr sind; nur etwas Schmutziges, Verdorrtes und Verfaulenes, mit blutigen Augen oben im Kopf. Wir haben kein Anschein schon nach allem Mühsal ausgezehrt und dennoch erkennen wir uns jetzt nicht mehr.

Paradies dreht den Kopf und schaut anderswo hin.

Plötzlich seh ich, wie ihn ein Sittern packt. Er streckt die Kollatur seines ungeheuren Armes aus:

— Dort... dort... rufe er aus.

Auf dem Wasser, das in einem besonders geröhnten und ausgehöhlten Gelände aus dem Schützengraben fließt, schwimmen runde Massen wie Feistiffe.

Wir schreien uns dorthin. Es sind Artrunkene.

Ihre Köpfe und ihre Arme rücken im Wasser. Man sieht ihre Rücken mit dem Lederzug durch die Oberfläche der falkigen Flüssigkeit durchschimmern, und ihre Wasserrohre aus blauem Tuch sind aufgebunden; die Köpfe liegen kalte an den ausgehöhlten Beinen, wie an den schwarzen, unheimlichen Felsen von Lederpuppen. Auf einem eingeleuchteten Schilde steht die Sonne senkrecht im Wasser wie Secoräler. Vier Koyimantir die Köpfe oben auf; der Kopf hängt am Hals fest wie der Leib der Schwimmet im

trüben Grab. Das Gesicht ist gegen den Himmel gekehrt. Die Augen sind nur noch zwei weiße Löcher, der Mund ein schwarzes Loch. Die gelbe, ausgeblauete Haut dieser Masse ist weich und gefaltet wie kalter Teig.

Es sind die im Schlamm erstarrten Wachtposten. Die flinke Bewegung der Erde war schlüpfzig, das Wasser fließ, und die Anstrengung herauszukommen, zog die Leute nur noch tiefer hinein. — langsam und rettungslos. Sie starben angeklammert am Ufer der Erde, die ihnen entwich.

Dort liegen unsere ersten Linien und auch die deutsche borderste Linie, aber beide die gleiche Stille, beide unter Wasser, Wasser.

Wir gehen bis zu jenen aufgewelkten Trümmern über das Gelände, das gestern noch eine Gegend des Schreckens war, über den furchtbaren Soldatenraum, an dessen Schwelle der kolossale Ansturm unserer letzten Attacke stehen blieb, über das Gelände, über welches seit anderthalb Jahren die Augen und die Geschosse ohne Unterlaß den Raum durchsucht hatten und wo sich in diesen Tagen ihr wagemutiger Flohregen über die Erde hin wütend freute, von einem Horizont zum andern.

Jetzt ist es ein übernatürliches Feld der Ruhe. Überall liegen fleckenartig schlafende Wesen; andere bewegen sich leise, haben einen Arm oder den Kopf und denken wieder ans Leben oder liegen gerade im Sterben.

Der feindliche Graben stürzt, losüberladen, vollends im Schöße wogender Hügel und lumpiger Trichter in sich zusammen; dort sieht sich der Graben durch Lachen und Wassertruben Stellenweise bemerkt sich sein Ufer, bröckelt ab und wirft die noch überhängenden Ränder ab. An einer Stelle kann man sich darüberbeugen.

In diesem ungläublichen Raigelände sieht man keine Leiche. Aber dort ruht, schrecklicher als ein Leichnam anzusehen, hart und einsam, nackt und bleich wie ein Stein, ein Arm aus dem Loch einer verworrenen, feuchten Wand. Der Mann wurde in seinem Unterstand verhaftet und konnte nur noch seinen Arm ausstrecken.

Gang in der Nähe erkennt man gewisse Erbsichten, die auf den Trümmern der Wöschung dieses erstirnten Soldaten nebeneinander liegen; es sind menschliche Wesen. Sind sie tot? Schlafen sie? Man weiß es nicht. Jedenfalls ruhen sie.

Sind es Deutsche oder Franzosen? Man weiß es nicht. Einer von ihnen hat die Augen aufgeschlagen und schaut uns kopfschüttelnd an. Man fragt ihn:

— Franzose!

Der Weg zum Sozialismus.

In der bürgerlichen Presse finden sich zahlreiche Notizen über neue Spaltungen in der Sozialdemokratie. Man spricht von einer Gründung einer Partei Liebknecht durch Ablösung der Spartakusgruppe von der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Gründung sollte angeblich in der gestrigen Versammlung in den Sophienkassen vollzogen werden. Es kam aber zu keiner Neugründung, sondern das Referat des Genossen Lebi ließ jede programmatische Klarheit vermissen. Die Diskussion brachte neben manchen berechtigten Angriffen gegen die Mehrheitssozialisten und die unpolitische Soldatenpolitik doch nur gefühlsmäßige Opposition, ohne einen neuen Weg politischen Handelns zu zeigen, oder auch nur die jetzige ökonomische und politische Lage der Deutschen Republik in Betracht zu ziehen.

Politische Orientierung ist aber nur auf dem Fundament einer wirtschaftlichen Betrachtung der politischen Situation möglich. Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Neubaus, der Sicherung der Ernährung, der Durchführung der Demobilisierung, der Neuschaffung eines politischen Ueberbaus erklärt auch das Zusammenarbeiten mit den früheren Regierungsozialisten, jenes Zusammenarbeiten, das die Spartakusgruppe den Unabhängigen zum Vorwurf macht. Wir sind nicht blind gegen die Verfehlungen dieses Zusammenwirkens in der Regierung. Unser Aufruf an die Parteigenossen geht, daß wir die frühere Haltung der Scheidemannier nicht bezweifeln haben. Wir wissen, daß sich diese Partei nur unter dem Druck der Massen zur Revolution bekannte, die sie bis zum letzten Augenblick bekämpfte, wie die Kautzke und Kautzke im "Vorwärts" beweisen.

Die Kritik, die vom "Vorwärts" an der Spartakusgruppe geübt wird, enthält viel Nichtiges; aber dadurch sind noch nicht die Sünden der Mehrheit verneben und vergessen, und der Unterschied zwischen der entschiedenen Klassenkampfpolitik der Unabhängigen und der den jeweiligen Umständen Rechnung tragenden Scheidemannpolitik der Mehrheitsler beseitigt. Der "Vorwärts" schreibt:

Der Irrtum der Spartakusleute besteht darin, daß sie gar nicht die Sieger sind und daß sie sich mit der ganzen Arbeiterklasse verwechseln. Nicht ihre Stärke, sondern ihre eigene im Krieg geübte getriebene Schwäche hat den Niederbruch des alten Systems verursacht. Und die Arbeiterklasse steht auch nicht auf dem Boden von Spartakus, sondern sie weiß, daß sie ihren letzten entscheidenden Sieg nicht auf der Straße, sondern nur bei den allgemeinen Volkswahlen erringen kann, für die es jetzt mit aller Kraft zu arbeiten gilt. Ob wir bei diesen Wahlen mit den bisherigen Unabhängigen in einer Kampfreihe stehen werden, oder ob es nach den verschiedenen Ermessungen noch einmal zu einer allgemeinen Kampfreihe zwischen den beiden Richtungen kommen wird, wissen wir nicht. Wir wünschen das erste und sehen als selbstverständlich voraus, daß sich auch im zweiten Falle eine gemeinsame Kampfreihe gegen die Gegner des Sozialismus ergeben wird.

Darum muß uns die unklare Haltung, die ein Teil der Unabhängigen gegenüber der Spartakusgruppe einnimmt, Sorge machen. In einer Frage von so ungeheurer Bedeutung muß eine Partei einheitlich und fest Stellung nehmen, sonst laufen ihre Anhänger verwirrt auseinander.

Für uns gibt es nur einen Weg: Durch Demokratie zum Sozialismus!

Auch unser Weg geht durch Demokratie zum Sozialismus, aber wir wollen, daß die Wahlen sich unter Umständen vollziehen, die ein wirkliches Bild der Volksmeinung garantieren. Wir wollen in diesem Kampf die Arbeitermassen gewinnen für eine dauernde grundsätzliche sozialistische Politik. Hier liegt der Gegensatz zum Opportunismus der Mehrheitsler und zu den häufig romantischen Illusionen der Spartakusleute, die, wie die gestrige Versammlung wieder zeigte, oft bis zur Verneinung der Demokratie führt. Von einer Unklarheit gegenüber der Forderung der Nationalversammlung kann gar keine Rede sein. Es

Dann:
— Deutsch?

Er antwortet nichts; er schließt die Augen und versetzt wieder in seinen Todesstich. Wir haben nie gewußt, wer es war. Man kann die Identität dieser Wesen unmöglich feststellen, weder an den Kleidern, die eine dicke Wolke bedeckt, noch an der Kopfbedeckung, denn die Leute sind hauptsächlich oder in Vollzug eingewickelt und stehen in nassen und stinkigen Kutteln; auch an den Waffen erkennt man sie nicht; das Gewehr haben sie verloren, oder ihre Hand gleitet über ein Gewand, das sie hergeschleppt haben, eine unförmige, klebrige Masse, die einem Fisch ähnlich ist.

Alle diese Männer mit Leichengesichtern vor uns und hinter uns, die am Ende ihrer Kräfte sind, ohne Stimme und ohne Willen, alle diese erdbeladenen Männer, die sozusagen ihre eigene Bestattung besorgen, sehen sich gleich, als wären sie naht. Aus dieser furchtbaren Nacht tauchen hin und wieder einige Ueberlebende auf; sie tragen die gleiche Uniform des Glendes und des Schmutzes.

Alles hat jetzt ein Ende. Es ist die Stunde der ungeheuren Rast. Die epische Pause des Krieges.

Wink glaubte ich, das Hölischste im Kriege seien die Flammen der Geschosse; dann habe ich lange gemeint, es sei das Erschicken in den Erdlöchern, die sich für ewig über uns schließen. Auch das ist es nicht, sondern die Hitze ist das Wasser.

Der Wind steht ein. Er ist eifrig und sein Eisband bringt uns über die Haut. Auf dieser wasserigen und schiffbrüchigen Ebene, wo die Leiden zwischen würmatischen Wasserfahnen liegen, zwischen den harren Menscheninseln, die wie Reptilien aneinanderkleben, in diesem Chaos, der sich senkt und untergeht, sieht man leichte, wellende Bewegungen: Gruppen bewegen sich leise in abgedrohten Artawanen von Menschen, gebückt unter der Last ihrer Helme und des schweren Rotes; sie schleppen sich, zerstreuen sich und kriechen im Widerschein des verbunkelten Himmels. Das Morgenlicht ist so schmutzig, daß es aussieht, als sei der Tag schon zu Ende.

Die Ueberlebenden wandern durch die trostlose Steppe; es jagt sie ein unjagbares Unglück, das sie elendiglich erschöpft und sie belängt; einige darunter haben bei genavrem Hinschen etwas Theaterkostüm an sich; das ewige Einfließen, vor dem sie sich retten, hat sie halb entkleidet.

Im Vorübergehen bilden sie um sich, betrachten uns und erkennen Menschen in uns; dann sprechen sie zu den Wind hinein.

handelt sich nur um den Zeitpunkt der Einberufung. Dieser hängt ab von der Abwicklung der Demobilisierung. Es ist ein gefährlicher Irrtum, zu glauben, wie es ein Redner in der Spartakusversammlung ausübte, daß die Heimkehr der Hungernden und verarmten Frontsoldaten in revolutionärer Auflehnung den Sozialismus bringen würde. Ein derartig gewaltiger Umbau der Wirtschaft kann nicht durch bloße Revolution erreicht werden. Es ist ebenso verfehlt, anzunehmen, daß die weitere politische Entwicklung sich ohne scharfe Klassenkämpfe mit dem Bürgertum vollziehen wird. Es gilt daher, die Arbeitermassen sowohl vor charakterlosem Opportunismus wie auch vor revolutionäromantischen Phantasien zu bewahren.

Das Zusammengehen mit der Partei Scheidemann ist aber gerechtfertigt, weil hinter dieser Partei Arbeitermassen stehen, und weil nur im politischen Zusammenwirken, das durch die augenblickliche Zwangslage geboten ist, diese Massen zum sozialistischen und demokratischen Handeln und Denken gezogen werden können. Das ist unser Weg, von dem wir uns weder durch Angriffe von links oder rechts abdrängen lassen dürfen.

Die Archive auf!

Die Schwerindustrie, alldutsche "Deutsche Zeitung" tritt mit allem ihr zu Gebote stehenden Pathos dafür ein, die Archive zu öffnen. Es habe eine Zeit gegeben, da die Nachhaken von heute noch nicht am Ruder waren. Welch ausgezeichnete Weisheit! Und das Blatt fährt dann fort und meint, daß früher die "Vorgeschrittenen" unter den jetzigen Nachhaken unter der Hand und öffentlich behauptet hätten, es sei eine niederträchtige Lüge, daß wir einen Verteidigungskrieg führten. Der Moment, den Beweis für diese angebliche Lüge zu führen, sei jetzt gekommen, so meint das Blatt, und es schreit voller Todesverachtung, daß man jetzt die Archive öffnen müsse.

Abwarten, meine Herren! Die Zeit kommt, da man die Archive öffnen wird. In diesem Augenblick haben die Führer der jungen Republik etwas Besseres zu tun, als in all dem Stunk und Unrat zu wühlen, der in den Reichsämtern und Ministerien aufgehäuft ist. Wenn die Alldeutschen heute auch Kreien, man solle die Archive öffnen, wir sind überzeugt, daß, wenn sie erst einmal geöffnet sind, sie selbst entseht und Schuldbewußt zurückfallen werden und beleuernd die Hand auf die Brust legen und sagen werden: "Davon haben wir nichts gewußt!"

Sie haben davon gewußt, die Herren Alldeutschen. Sie haben mitgeholfen, alle die Schändlichkeiten zu erkennen, die sich das alte Regime geleistet hat, und sie werden verantwortlich gemacht werden und werden Rechenschaft ablegen müssen, wenn es einmal heißt: "Die Archive auf!"

Die Betriebsräte in den Behörden.

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates sind dieser Tage allenthalben auch in den Behörden Betriebsräte gewählt worden, die Vertreter zum A- und S-Rat entsenden sollen. Das ging mancherorts nicht ohne Schwierigkeiten und Hemmungen ab, die einmal in der eigenartigen Struktur mancher Behörden und dann in dem hierarchischen System der Bürokratie begründet sind.

Es wird mancherorts gesehen sein, daß die Rämmer sich ihre eigenen Messer gewählt haben. Am so nötiger ist es, gerade für diese demokratisch besonders ungeschulten Ausschüsse Richtlinien aufzustellen, nach denen sie ihre Tätigkeit innerhalb der Behörden aufzunehmen haben. Und das muß sofort geschehen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die bisherigen Vorgesetzten die Maßregel des A- und S-Rates, die sie wie die ganze Regierung nur als "vorübergehend" betrachten und befehlen, zu umgehen oder zu sabotieren suchen. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn der A- und S-Rat klare Ausführungsbestimmungen gerade für die Betriebsräte in den Behörden erteile, die über deren Zuständigkeit und ihr Tätigkeitsfeld deutlich aufklären.

Vor allem mühte festgestellt werden, wer eigentlich in den Betriebsrat wählbar ist. Gegen eine Wahl der Vertreter, getrennt nach den verschiedenen Beamtenkategorien, wird dann nichts einzuwenden sein, wenn jede Kategorie prozentual ihrer Stärke im Betriebsrat vertreten ist. Bedenklich aber ist, wenn in den Betriebsrat Personen gewählt werden, die bisher eine Disziplinalgewalt über das Personal der Behörde hatten oder noch haben; darunter fallen die Leiter der Behörde, Direktoren, Präsidenten, auch die Personalchef und Personalreferenten. Ein aktives Wahlrecht dürfte ihnen, da sie ja sämtlich angestellt sind, nicht zu bestreiten sein, fällt auch kaum ins Gewicht, wenn die Wahl ordnungsgemäß, am besten geheim, vor sich geht; das passive Wahlrecht ist aber für sie abzulehnen.

Zuständig müssen die Betriebe sein in allen Personalfragen. Es müssen ihnen die Personalakten vorgelegt werden, Eintragungen in die Personalakten bedürfen ihrer Zustimmung. Sie bilden eine Weidwerbeinstanz für Maßregelungen, Bestrafungen, ungerichte Behandlung seitens der Vorgesetzten; bei Kündigungen, Urlaubsfällen usw. Zuständig ist der Beirat ferner in allen Gehalts- und Lohnfragen. Sämtliche diese betreffenden Verfügungen sind ihm vorzulegen. Es darf nicht vorkommen, daß der Leiter einer Behörde, wie es in einer Reichsbehörde in der Viktorienstraße geschehen ist, Gehälter, Gehaltsabzüge und Teuerungszulagen ganz willkürlich festsetzt, daß er den Angehörigen der hohen Verufe und den weiblichen Angestellten die Hälfte der gesetzlich zustehenden Teuerungszulagen einfach nicht auszahlen läßt. Ferner ist die Arbeitszeit im Benehmen mit den Beiräten festzusetzen. Sondern es ist allgemeine Arbeitszeit um 1 Uhr zu fordern. Schließlich sind die in zahlreichen Behörden vorhandenen Bezugsvereinigungen, Genossenschaften u. dergl., die Schenkungen von beschlagnahmten Lebensmitteln und Kriegswucher schimmiger Art getrieben haben, der Leitung der Betriebe völlig zu unterstellen; über die feilherige Veräußerung und Verwertung der veräußerten Gelder ist unbedingt Rechenschaft abzulegen. Keine Personellfrage von Angestellten darf unter Umgehung der Betriebe von der Behörde oder einzelnen Vorgesetzten einberufen oder abgehalten werden, solche, die die eigentliche Aufgabe der Betriebe betreffen, ausgenommen. Wahregeln von Mitgliedern der Betriebe dürfen unter keinen Umständen gebildet werden.

Kloakenäuberung.

Die Revolutionsregierung hat neben dem unabsehbaren Kriegesend und der zerstörten Volkswirtschaft von der alten Ordnung eine able Erbschaft übernommen in Form der verschiedenartigsten Einrichtungen, die der Anhebung des arbeitenden Volkes und der Fällung der öffentlichen Meinung dienen. Namentlich in den Kriegsjahren ist dieses System der Anhebung und Fällung in so raffinierter Weise ausgebaut worden, daß man schließlich zu ersticken wähnte unter dem Druck der Lüge und des Betruges; die auf uns lasteten. Auf die verhängnisvolle Rolle einer dieser Institutionen weist ein Offizier in der neuesten Nummer der "Weltbühne" hin, indem er die Tätigkeit des Kriegs-Presse-Amtes in Berlin schildert, das all die Kriegsjahre hindurch wie ein Dampf auf unserem öffentlichen Leben lastete, die Presse fällte und uns in ein Netz der drückendsten Zensurvorschriften spannte, von dessen Raffinement das breite Publikum sich gar keine Vorstellung machen kann.

Der ungenannte Verfasser des Artikels in der "Weltbühne", der offensichtlich dem Kriegs-Presse-Amt nahe stand, unterstreicht die Tatsache, daß der Chef der Nachrichtenabteilung beim Großen Hauptquartier sich nicht mit seinen speziellen Aufgaben begnügte, sondern das Ziel verfolgte, die deutsche Presse zu beherrschen. Zu diesem Zweck kaufte er in der Berlin das Kriegs-Presse-Amt.

Die in- und ausländische Presse gab der Maschine, die hier arbeitete, den Rohstoff. Aus dem Maul der Maschine, die diesen Rohstoff schluckte, erlöhnen als wichtiges Ereignis die Zensurbestimmungen. Stern und Krone des Kriegs-Presse-Amtes war die Oberzensurstelle. Dafür ist sie nun tot. Sie produzierte in unausgesetzter Folge jene 3500 (oder sind es mehr?) Verordnungen, mit denen der Presse nach und nach das selbständige Leben abgeknüpft wurde.

Der Verfasser schildert die verschiedenen Zeitungs-Korrespondenzen, mit deren Hilfe das Kriegs-Presse-Amt, nach Erteilung des freien Worts, die Presse mit tendenziösen Nachrichten und Artikeln zu füllen und zu fälschen suchte.

Der Appell kommt mit dem Offen und wer A sagt, muß B sagen. Niemand sagte übrigens lieber B, als der Chef der Nachrichtenabteilung. Er begnügte sich also nicht mit der Verarmaltung der Presse, sondern griff auf das deutsche Geistesleben im Ganzen über. Er streifte auch die Kunst-Erzeugung und sprach, da diese, wie die Presse, unter seiner leitenden Hand zu ersticken drohte, mit eigenen Produkten in die Lücke. Er kaufte im Kriegs-Presse-Amt eine sogenannte Propaganda-Abteilung. Diese beschäftigte sich damit, Broschüren in großer Zahl anzufertigen und die Abfassung von Büchern zu veranlassen, hinter deren Verfassern niemand die bestellte Arbeit erkannte. Um aber auch den Schönheitsklima zu bestärken, unterließ diese Abteilung nicht, einen Teil jener farbenfrohen Plakate herzustellen, die zur Aufklärung des deutschen Publikums über unsere günstige Lage dienten. Doch die Augen sind nicht der ganze Mensch. Wer den Gangen haben will, gedente auch der Ohren. Nun befah ja die Oberste Zensurabteilung in den Kirchen und Schulen aller Konfessionen Propaganda-Organisationen von beträchtlicher Reichweite. Gleichwohl organisierte der Chef der Nachrichtenabteilung auch für sein Teil das Vortragswesen in Deutschland. Durch die Kanäle ungeschilter Vereine, abgesehen von den Veranstaltungen in den Kasernen, leitete er mit und ohne Rücksicht die Mitteilungen, durch die er das Volk über den guten Stand des Krieges und über den guten Stand des Volkes durch den Krieg zu überzeugen wünschte. Das lief in der Hauptsache unter der Epithete des Vaterländischen Unterrichts.

Wir wissen nun alle, wozu diese systematische Fällungs- und Verdummungsarbeit geführt hat. An der Katastrophe, die uns betroffen hat, sind alle jene Leute in hohem Grade mitschuldig, die an der Fällung der öffentlichen Meinung, an der Anhebung des freien Wortes, an der Unterdrückung jeder selbständigen Meinung mitwirkten. Es ist deshalb unbedingte Pflicht eines jeden aufrichtigen Freundes der revolutionären Ordnung, mitzuhelfen bei der Aufhebung der Lügenarbeit des alten Systems. Noch sind seine Meister nicht ausgeräuchert, noch hofft der alte Beamtenapparat sich durch kniende Anpassung an die neue Ordnung der Verantwortung für seine Sünden zu entziehen, noch ist das Licht der Deutlichkeit nicht in jene Kloaken gedrungen, in denen aus weitverzweigten Kanälen Demagogentum, Epithelium, Lüge und Betrug zusammenfließen. Für die Revolutionsregierung eröffnet sich hier ein Feld weitgehender Tätigkeit, die nicht nur im Interesse der Sicherung der Revolution, sondern auch in dem der sittlichen Erhellung der gesamten Gesellschaft liegt. Aber auch für die revolutionären Massen erwächst aus dieser Tatsache die Pflicht, an der Säuberung der Kloaken des alten Regimes mitzuwirken. Nur unter ihrem Druck und mit ihrer ständigen Mitwirkung kann es verhindert werden, daß die Sturen der Verbrechen und Sünden der alten Ordnung vernichtet oder vermischt und die Mitschuldigen an diesen Verbrechen in ihren Kammern belassen werden.

Was speziell das Kriegs-Presse-Amt betrifft, so muß es Bekräftigen erregen, daß es noch immer nicht aufgehoben ist. Zwar sollen 75 Prozent der darin beschäftigten Offiziere und Mannschaften den Marschbefehl zu ihrem Ererb-Bruderteil erhalten haben. Aber der Rest soll sich noch immer — mit der Lektüre der in- und ausländischen Zeitungen beschäftigen. Man wird fragen müssen, ob das diesen Tatsachen entspricht und man wird die Erwartung ausstrecken müssen, daß die Kloake des Kriegs-Presse-Amtes unbegründlich geläubert werde.

Politische Nachrichten.

Der internationale Einbruch des Wirtschaftens. Von neuen ischechoslawischen Staaten soll der 1. März künftige Arbeitstag pöblich vorgelassen werden. — Dem Kopenhagener Blatte "Dagens Arbejder" zufolge soll in nächster Zeit im schwedischen Meer und in den Ostsee-Küsten die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden.

Der Ausbruch der christlichen Gewerkschaften forderte auf seiner Tagung vom 12. November unerschütterliche Hochachtung der demokratischen Grundzüge, schnelle Einberufung einer konstituierenden deutschen Nationalversammlung. Die Mitglieder und Anhänger werden aufgefordert, sich allen Behörden und derzeitigen Machthabern zur Verfügung zu stellen. Da die Arbeiter- und Soldatenräte und Parteigenossenschaften nicht die geordneten Abrechnungen wären, die berechtigten Interessen der Arbeiter gegenüber Unternehmern und Regierung ausreichend wahrzunehmen, so werde jede Regierung bekämpft werden, die die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten als gewerkschaftlichen Richtungen nicht als die maßgebende Vertretung der Arbeitnehmer in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten anerkennen oder sie gar von der Mitgliedschaft ausschließen will.

Die Gründung des sudslawischen Staats von 13 Millionen Einwohnern ist nach einer Pariser Meldung durch eine Urkunde garantiert, die der serbische Ministerpräsident Pajitch als Vertreter Serbiens und die Vertreter des sudslawischen Nationalrats in Paris unterzeichneten.

Der Deutsche Bauernbund fordert in einem Aufruf an die deutsche Landbevölkerung Sicherung der Lebensmittelpreise durch die landliche Revolverung, Einberufung einer Nationalversammlung, deren Vorbereitung die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichstag trifft, Schaffung von Bauernräten unter Beteiligung sämtlicher Schichten der Land- und Forstwirtschaft und Einberufung einer Vertreterversammlung dieser Räte, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in voller Gleichberechtigung mit den Arbeitern, Soldaten und Bürgervertretern die Interessen der landlichen Bevölkerung wahrnimmt und damit zugleich dem Wohle der Gesamtheit dient.

Als Grundrechte des deutschen Volkes, insbesondere der landlichen Bevölkerung, sehen wir folgende Punkte an: Volle Freiheit und Unantastbarkeit der Person, volle Aufrechterhaltung und Sicherheit des Privateigentums und des Erbrechts, volle Garantie für die Einhaltung aller Verobligungen des Reichs gegenüber dem Volke (Kriegsanleihen), Freiheit des Preises, der Verrentung, der Religion, der Gewerbeausübung, Unparteilichkeit der Rechtspflege. Außerdem sei durchzuführen die Befreiung der Adelskommissionen und Patrone, sowie aller sonstigen Vorrechte, Aufhebung der Grundbesitz-, Übergabe von Land aus staatlichem und privatem Großgrundbesitz zu mäßigen Preisen für Zwecke der Ansiedlung unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer, Aufhebung der großen Staats- und Privatforsten für Zwecke der Allgemeinheit, Aufhebung der Gefindeordnung und der Ausnahmegerichte gegen die Landarbeiter (diese beiden Forderungen sind bereits erfüllt, Red. d. „Freiheit“), vollständige Ausgestaltung der landlichen Verwaltung, demokratisches Wahlrecht für alle landlichen Selbstverwaltungskörper (Gemeinde, Kreisrat, Provinz, Landwirtschaftskammer).

Freiheit — Rechte — Pflichten.

Die Revolution hat den deutschen Frauen eine wertvolle Erziehung gebracht: die politische Freiheit. Noch vor drei oder drei Wochen hätten wir nicht daran geglaubt, daß unsere Anerkennung als Gleichberechtigte im Staate so nahe bevorstünde. Nichts ließ darauf schließen, daß die Masse der Frauen bereit sei, um dieses kostbare Gut zu kämpfen, ihr Ausherkommen einzusetzen. Die bürgerlichen Frauen dachten noch bis zuletzt in ihrer großen Mehrheit nur an Landesverteidigung. Sie erschienen ihnen als höchste Pflicht, so wie sie sich während des ganzen Krieges mit aerianen anerkanntwertigen Leistungen stets hinter die Forderungen der Revolution gestellt haben und bei jeder Wenderuna ihrer Politik treulich mit eingewandert sind.

Aber auch in den Reihen der Arbeiterinnen hörte man nicht viel von dem Verlangen nach politischer Macht. Frieden war die einzige, alles beherrschende Sehnsucht; Frieden die Voraussetzung, die die arbeitenden Massen zum Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus vereinigen sollte.

Die Revolution hat nicht danach gefragt, ob die Frauen das politische Wahlrecht wollen. Sie hat eine sozialistische Regierung aus Ruder gebracht, und es war selbstverständlich, daß diese ihre junge Macht benutzte, um gleich zu Beginn ihrer Amtstätigkeit den Frauen die Gleichberechtigung zu geben. Bei künftigen Wahlen soll jede Frau ihre Stimme abgeben und auf diese Weise am Aufbau der deutschen Politik teilnehmen. Die Soldaten und Arbeiter haben dem Lande die Freiheit erkämpft, die sozialistische Regierung hat den Frauen ihr Recht gegeben.

Sind wir reif für eine so ungeheure Umwandlung? Nicht nur Rechte verleiht uns die neue Ordnung, in die wir einatreten sind; sie verlangt von uns auch ernstliche Erfüllung der mit den Rechten verbundenen Pflichten. Alle Männer und Frauen, die das Alter von 20 Jahren erreicht haben, sollen das Recht besitzen, zu wählen. Werden die Frauen vor allem wissen, wie sie von ihrem Recht Gebrauch zu machen haben? Sind sie sich klar darüber, welche Aufgaben jetzt dem deutschen Volke bevorstehen, wie die Politik beschaffen sein muß, die der Masse die Macht im Staate sichert, so daß sie in der Lage ist, die Geschicke des Volks im Innern und nach außen zu bestimmen und zu lenken?

Sie sind wir uns klar darüber, daß die Mehrheit der Frauen in Deutschland heute der Politik vollkommen fernstehen und daß selbst unter den Arbeiterinnen und den Frauen der Arbeiter ein großer Teil sich gar nicht oder doch wenig mit politischen Dingen befaßt hat. Hunderttausende von ihnen sind von der Not des Krieges erfasst worden, haben den ganzen Sommer selbst gefühlt, die Last des Erwerbsebens getragen, weil sie Brot für die Kinder heranschaffen mußten, aber wie viele sind sich klar über den Ursprung des Krieges und darüber, was zu vermeiden ist, um künftige Kriege zu vermeiden?

Sie müssen aufgeklärt werden, und diese Arbeit muß sofort begonnen werden. Wir dürfen uns nicht damit trösten, daß mit der Zeit auch die Frauen sich in die Politik einfügen, in ihre politischen Aufgaben hineinwachsen werden. Von der Aufklärung der deutschen Frauen hängt für die nächste Zukunft Deutschlands sehr viel ab. Die zu wählende Nationalversammlung wird über Probleme von ungeheurer Größe zu entscheiden haben. Fragen müssen gelöst werden, die tief in das gesamte Volksleben einschneiden.

Die Auswahl der Männer und Frauen, denen diese Aufgaben übertragen werden sollen, können wir nicht dem Zufall überlassen. Wir würden es aber tun, wenn wir die neu entstehenden Wählermassen sich selbst überlassen.

Ein paar zündende Reden können die eindringliche Arbeit, die jetzt geleistet werden muß, nicht ersetzen.

Und hier erwacht den Parteigenossen und Genossen, deren Zeit nicht durch die Uebernahme von Funktionen des bisherigen Staates ausgefüllt wird, die Pflicht, das Ausland zu bestellen, das sich ihnen bietet. In kleinen Zusammenkünften müßten die neu auftauchenden Fragen besprochen werden. In der Fabrik, auf dem Lande, in der Werkstatt horcht auf die Fragen der Frauen und sucht sie zu beantworten. Sammelt Frauen um euch und fordert sie auf, zu fragen. Und ihr Frauen, laßt euch nicht. Ihr könnt noch nicht Bescheid wissen im Getriebe des Staates. Aber ihr müßt es lernen, wenn ihr wollt, daß eure Interessen richtig und kräftig wahrgenommen werden.

Die Revolution hat euch den Weg gebahnt, sie hat euch die Freiheit und das Recht erkämpft. Nun steht an, daß ihr an der Seite der Arbeiter eure Rechte sichert, daß sie euch nicht mehr geraubt werden können. So erfüllt ihr die Pflichten gegenüber euch selbst und gegenüber eurer Klasse. Die Soldaten und Arbeiter haben die Revolution gemacht, haben für euch mit gekämpft. Nun helfe ihnen weiter, führt gemeinsam den Kampf, auf daß er mit dem unwiderstehlichen Siege des Proletariats ende.

Schulmeister der Revolution.

Der „Nieme Courant“ schreibt: Die deutsche Revolution ist in ihre zweite, ruhige Phase eingetreten. Wir können noch nicht von dauernder Ruhe sprechen, noch immer sind allerhand Verwicklungen möglich, namentlich wenn die Lebensmittelfrage in Verwirrung geraten sollte. Aber man kann doch von einem ausgezeichneten Anfang sprechen. Die Deutschen bleiben auch in der Revolution sich gleich. Sie bewahren eine fast schulmeisterliche Ruhe.

Gen., 14. November.

Groß-Berlin.

Abteilung VII.

Sie war mit der Zeit berührt geworden, die Abteilung VII im Polizeipräsidium, die politische Abteilung. In neuerer Zeit hatte man sie unnummeriert in Abteilung V. Von hier aus wurde ein gewaltiger Ueberwachungsapparat ins Werk gesetzt, vor allem gegen die sozialistische Bewegung.

Unter dem Sozialistengesetz war die Blütezeit der politischen Abteilung, die sich nicht nur auf Berlin erstreckte, sondern ihre Fäden weit über das Reich hinaus spann. Von Berlin schickte man die Späher bis nach der Schweiz, wo Ende der 70er Jahre der Züricher „Sozialdemokrat“ gedruckt und nach Deutschland eingeschmuggelt wurde. Man müßte die Geschichte des Schandgesetzes schreiben, wollte man auch nur annähernd ein Bild von der unheilvollen Tätigkeit der politischen Polizei entwerfen.

Mit dem elendesten Lumpengesindel arbeitete die politische Abteilung; selbst vor dem Anstiften von Attentaten scheuten ihre käuflichen Subjekte nicht zurück, um ihrem Herrn und Meister, dem Minister des Innern, gelegentlich der Debatten über die Verlängerung des Sozialistengesetzes das nötige Material zu bieten. Raum auf einem anderen Gebiete ist so viel Lüge und Gemeinheit zusammengelassen, wie auf dem der politischen Polizei. Man braucht nur einen Blick in das Schriftchen von J. Auer „Nach 20 Jahren“ zu werfen.

Selbst nach dem Fall des Sozialistengesetzes blieb die politische Polizei weiter bestehen, natürlich in erster Linie gegen unsere Bewegung. Aber dabei blieb es nicht. Die Ueberwachung erstreckte sich auch auf hochgestellte Personen. Daß Wilhelm II. auf seinen Reisen von Beamten der politischen Polizei begleitet wurde, war die Regel. Man bediente sich dieser Polizeieinrichtung auch, um eine bestimmte Politik zu machen. Der Lausitz-Prozess, in dem der damalige Minister des Auswärtigen, Freiherr von Marschall, sich in die Öffentlichkeit schickte, bietet hierzu einen charakteristischen Beleg.

Und dann die Verpöhlung der Berliner Bewegung, sie ist ein Kapitel für sich!

Auch das ganze Versammlungswesen der politischen Vereine

Werbt Abonnenten für „Die Freiheit“!

war der Abteilung VII unterstellt. Ein großes Heer von Späheren und Aufspäherungen war ständig unterwegs. Und wenn die Langohren nichts erfahren konnten, fabrizierten sie einfach Verbrechen, um bei ihren Vorgesetzten als tüchtige Mitarbeiter zu gelten. Das aber das Verwerflichste war, das war das Anwerben von Verrätern. Die Späher mochten sich an Leute heranziehen, die in der Bewegung tätig waren, um sie für Geld zum Verrat an ihren Klassengenossen zu bewegen. Manche ihrer Namen sind noch heute bekannt und hat dadurch auch für immer seinen Namen geschändet.

Nun soll auf einmal diese unsaubere Tätigkeit ein Ende haben. Die „nützlichen Elemente“, wie sie von einem Minister einmal genannt wurden, sind arbeitslos. Sie tauern, daß es gekommen, die noch bis in die letzten Tage hinein wie die Wahnsinnigen gegen unsere Genossen gearbeitet haben. Diese Einrichtung ist für immer verschwunden.

Man darf gespannt sein auf den Augenblick, in dem die Allen der Abteilung VII werden geöffnet werden.

Neuerwachte Interesse für die Parteibewegung.

Seit dem Revolutionssturm hat unsere Berliner Parteibewegung einen außerordentlichen Aufschwung zu verzeichnen. Viele alte Mitglieder, die jahrelang beiseite gestanden, wolle sie bei Ausbruch des Krieges enttäuscht waren über die Haltung der Reichstagsfraktion, kehren wieder und erneuern ihre Mitgliedschaft. Sie gößten ihre Beiträge gern nach, um weiter mitarbeiten zu können. Dann kommen unsere aus dem Felde zurückgekehrten Genossen und verlangen ihre aufbewahrten Bücher. Und endlich die vielen neuen Leute, die ihre Mitgliedschaft anwerben.

Es zeigt sich, wie groß die Verwirrung ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in weiten Kreisen sich erheben hat.

Ausnahmen werden in dem Verbandsbureau, Schiffbaustr. 5, sowie in den Bureaus des 4. und 6. Kreises, Köpenicker Str. 27, Hof, Gerichtstr. 71, Pichlerberg, Neue Bahnhofsstr. 31 rechts, und Reutlin, Redarstr. 3, vollzogen.

Politisches. Der Feldpostverkehr mit Oesterreich ist eingestellt. An deutsche Heeresangehörige auf dem Balkan, in der Türkei, in Rumänien, und Oesterreich-Ungarn können bis auf weiteres Briefe und Päckchen nicht angenommen werden. — Bei Posten mit Wertangabe bis 100 Mark sollen wegen Mangel an brauchbaren Verpackungstoffen versuchsweise vom 15. November ab keine höheren Anforderungen gestellt werden als an gewöhnliche Posten. Die Verriegelung wird bei Posten bis 100 Mark Wertangabe nicht mehr verlangt. — Der Privattelegrammverkehr mit dem Heer ist bis auf weiteres gesperrt.

Proletarier und Intellektuelle vereinigt Euch! Am Sonntag, den 17. November, vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Lehrervereinshaus eine öffentliche Versammlung statt zum Zweck einer Solidaritäts- und Willenserklärung der geistig schaffenden Arbeiter, die dem Arbeiter- und Soldatenrat unterworfen sind, und in der sprechen werden: Eduard Bernstein, Dr. v. Gerlach, Luise

Für verwundete oder kranke Soldaten, die in einem städtischen Krankenhaus oder im Lazarett zu verpflegen sind, hat der Berliner Magistrat ansehnliche Mittel bereitgestellt, um ihnen eine Weihnachtsfreude zu machen.

„Beschlagnahme.“ In Wilmersdorf erschienen gestern vier Soldaten in einem Zigarrenladen. Sie zeigten einen Ausweis vor und erklärten den gesamten Zigarrenvorrat für beschlagnahmt. Es handelte sich um 60 000 Zigarren im Werte von 60 bis 80 000 Mark. Die Soldaten nahmen die Zigarren an sich, behielten sie zum Teil und versenkten das, was sie nicht mitnehmen konnten, an Passanten. Es ist selbstverständlich, daß solche ungesetzliche Requisitionen auf Schärfe zu beurteilen sind und unbedingt unterdrückt werden müssen.

Mahnahmen gegen Schwindel und Raubüberfälle. Die fortgesetzten Schwindel- und Raubüberfälle von falschen Beauftragten des A- und S.-Rates haben die Leitung des Sicherheitsdienstes veranlaßt, im Polizeipräsidium eine besondere Stelle zur Bearbeitung dieser Straftaten einzurichten. Die Stelle geht auf das allerhöchste gegen alle unbefugten Amtshandlungen vor, unter deren Maske Beschlagnahme, Diebstahl und Unterschlagungen verübt werden. Die Uebeltäter haben vor den Gerichten, die jetzt unter der neuen Regierung ihres Amtes walten, strenge Strafen zu gewärtigen. Die Sicherheitspolizei trägt jetzt um den Arm eine weiße Binde mit der Aufschrift: „Sicherheitspolizei Groß-Berlin“ und den Stempel „Polizeipräsidium“.

Eine Abteilung für Beratung und Verpflegung im Polizeipräsidium. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Leiter des Sicherheitsdienstes Herr Pring hat Herrn Heinrich Klapp mit der Führung der Abteilung für Beratung und Verpflegung vorläufig betraut. Die Telefonnummer ist 19 des Polizeipräsidiums, die Zimmer-Nr. 162. Diese Dienststelle ist Tag- und Nacht zu erreichen.

Aufruf an die Arbeiterturner.

Die neue politische Lage im Reiche, die Aussicht auf den nahen Frieden gibt auch uns Arbeiterturnern Gelegenheit an unsere Genossen im Waffentum zu appellieren.

Turngenossen, kehrt zurück in unsere Reihen, kommt und besucht die euch ehemals liebesvordenen Stätten, arbeitet weiter im Interesse der Volksgesundheit!

Turnerin „Fichte“.

J. A.: Der Geschäftsführende Ausschuss.

Am Sonntag, den 17. November, findet die Vierteljahres-Versammlung bei Wegener, Berlin, Seydelstraße 30, vormittags 9 Uhr, statt.

Jährliches Erscheinen notwendig!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Kellner, Berlin Wilmersdorf, Deutscher Buchdruckerei und Verlagsanstalt, m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend u. S. B. D.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend (unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands) besteht aus neun Einzelvereinen, die in den einzelnen Kreisen ihren Sitz haben. Aufnahme von Mitgliedern werden im Verbandsbureau, Schiffbaustr. 5, Hof 11 und an folgenden Stellen entgegengenommen:
1. Kreis: Bittermann, Giltshamer Str. 57, III.
2. Kreis: Moset, Blücherstr. 37, Boden.
3. Kreis: Bubbe, Rappachufer 2, Hof IV.
4. Kreis: Barenthin, Königberger Str. 27, Hof I.
5. Kreis: Köpke, Gieselerstr. 9.
6. Kreis: Müller, Gerichtstr. 71.
Niederbarnim: Brühl, Pichlerberg, Neue Bahnhofsstr. 31.
Teltow-Beeskow: Freilgang, Treppturm Gröbstr. 21, v. IV.
Neuhölln, Redarstr. 3, Bureau des Reichsausschusses.
Ost-Haveland: Elm, Sillen, Koch, Fiedrichstr. 7.
Auch an allen anderen Stellen, die durch Plakate ersichtlich gemacht sind, werden Aufnahmen entgegengenommen.

Berliner Sängerkhor

Mitglied des D. A. S. B. Chormeister: Franz Bothe.

Sonntag, den 17. November 1918

KONZERT

In der Festhall- des Berliner Stadthauses
(König-Klosterstr. 47)

Mitwirkende:

Frl. Martha Stapelfelds (Alt), Herr Julius Thorsberg (Violine),
Frl. Erna Klein (Klavier)

Sanftöffnung 5 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.

Eintritt:

1,50 Mk. für Kinder 50 Pfg. inkl. Garderobe u. Liedertexte.

Beerenwein.

Diese hier aufgeführten, zu Hause und einzeln an den Verlag der „Freiheit“ Berlin NW 6, P. 19, erhaltbar.

Der Unterzeichnete befaßt hiermit vom

ab 1 Exemplar der monatlich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
gegen Preis von Mk. 2,00 monatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Name deutlich schreiben, Adresse genau angeben.)

Inserate

finden in der

„Freiheit“

weiteste Verbreitung!

Bestellungen nimmt entgegen der

Verlag der „Freiheit“

Berlin NW. 6.

Schiffbauerdamm 19.